

MONATSBERICHTE DES WIENER INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTS- UND KONJUNKTURFORSCHUNG

13. Jahrgang, Nr. 2/3

Ausgegeben am 2. März 1939

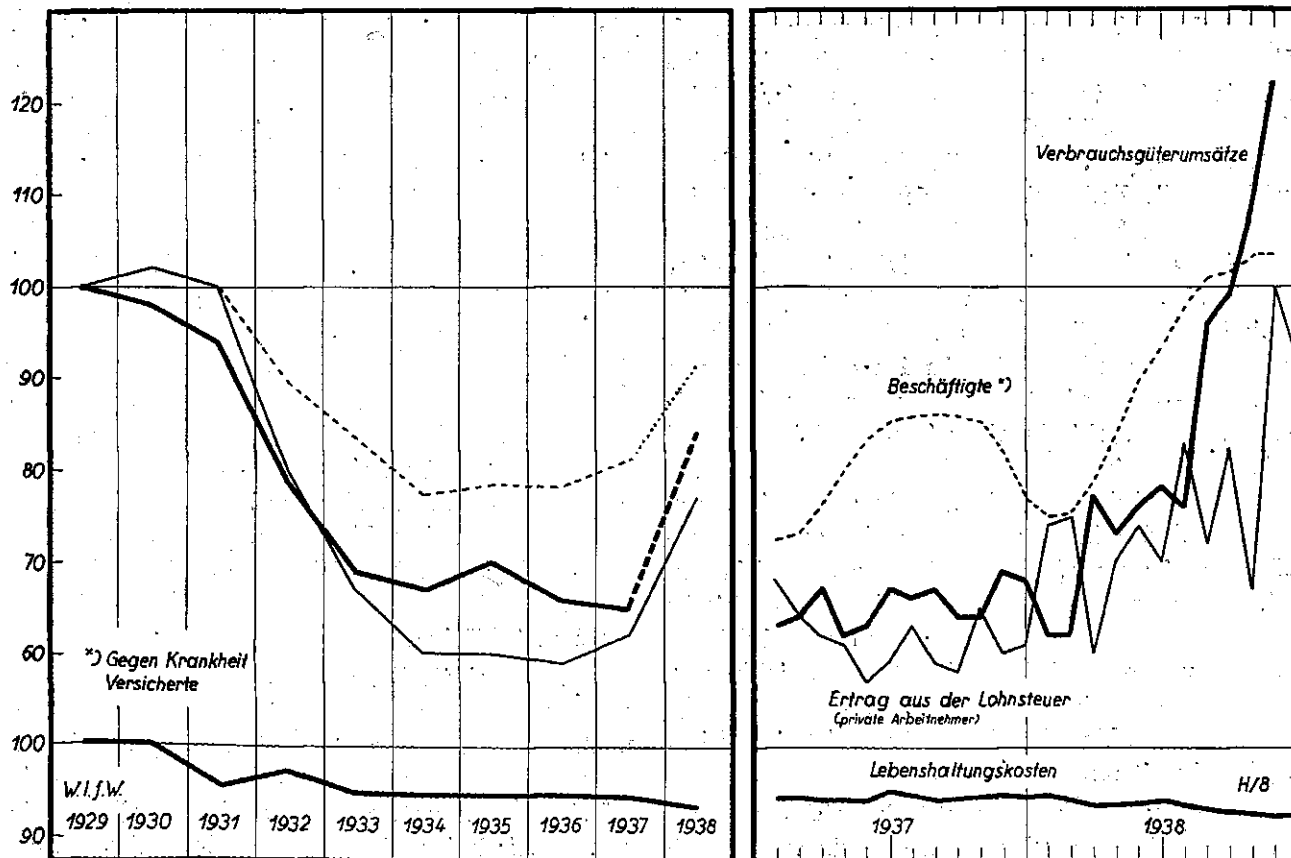
Inhaltsverzeichnis:

Historisches und Grundsätzliches zur Wirtschaftseinigung. Von Otto von Zwiedineck-Südenhorst.	30	Geldwesen und Finanzen	78
Das Jahr der Eingliederung. Ein Rückblick auf das Jahr 1938	36	<i>Kapitalmarkt</i>	78
Arbeitsersatz und Erzeugung	40	<i>Konkurse und Ausgleiche</i>	79
<i>Arbeitsersatz</i>	40	<i>Öffentliche Einnahmen</i>	80
<i>Gewerbliche Erzeugung</i>	44	Der Außenhandel im Zeichen der Eingliederung	82
<i>Landwirtschaft</i>	53	<i>Die Etappen der Eingliederung</i>	82
Verkehrswesen	58	<i>Die Einbeziehung der Ostmark in das deutsche Außenhandelssystem</i>	84
<i>Eisenbahnverkehr</i>	58	<i>Der ostmärkische Außenhandel zwischen Binnenmarktaufschwung und weltwirtschaftlicher Stöckung</i>	84
<i>Motorisierung</i>	60	<i>Die neue Struktur des ostmärkischen Außenhandels</i>	88
<i>Fremdenverkehr</i>	64	<i>Neue Bahnen im Zeichen des deutschen Verrechnungsverkehres</i>	92
Preise, Einkommen und Verbrauch	66	<i>Belastung der reichsdeutschen Zahlungsbilanz?</i>	96
<i>Die Aufgabe der Preispolitik</i>	66	Zeitschriftenumschau	98
<i>Die Preisentwicklung im Einzelnen</i>	70	Tabellenanhang	101
<i>Einkommen und Verbrauch</i>	74		

Zur Entwicklung von Einnahmen und Verbrauch in der Ostmark

1929 = 100; Beschäftigte: 1931 = 100

Natürlicher Maßstab



Historisches und Grundsätzliches zur Wirtschaftseinigung

Von Otto von Zwiedineck-Südenhorst

Es ist zeitweise von erheblichem praktischen Nutzen, sich darauf zu besinnen, wie manches geworden ist, aber auch wie manches nicht zustande kam, was gewollt war. Die Geschichte bleibt immer noch unsere Lehrmeisterin. Aus ihr können wir auch für unsere heute in der Wirtschaft zu lösenden Aufgaben manches lernen.

Die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in die größere deutsche Volkswirtschaft ist nicht erst mit der politischen Einfügung des in Versailles geschaffenen Torsos Deutschösterreich in das dritte Reich ein wirtschaftspolitisches Aufgabenfeld geworden. Gedanklich hat dieses Problem wirklich politische und wirtschaftspolitische Köpfe schon seit dem Bestehen des deutschen Zollvereines ernst beschäftigt. Die Gründung dieses Zollvereines mit seinem Inkrafttreten zum 1. Januar 1834 ist, wie sein über ein halbes Menschenalter sich hinziehendes Zustandekommen, ein Stück von dem nationalen Einigungsprozeß unseres Volkes, sie war die erste Etappe in diesem Prozeß, der in der nächsten Etappe zur Entstehung des zweiten, des Bismarck-Reiches führte. Wie dieses waren auch die Gründung und der Ausbau des Zollvereines eine Angelegenheit innerhalb der später das kleindeutsche Reich bildenden Staaten. Aber schon in der Zollvereins-Epoche wurde die Einbeziehung Österreichs in die Zollvereinigung der deutschen Länder zu einem Problem von höchster Aktualität.

Als vor jetzt mehr als dreiviertel Jahrhundert (Juni 1852) Bismarck von seinem König in „mission extraordinaire“ nach Wien gesandt wurde, um dort mitzuteilen, daß, sobald der Zollverein neu errichtet — er befand sich damals wegen der Stellung zu Österreich in einer ernststen Krise — und sein Gebiet abgegrenzt sein werde, Preußens Sorge alsbald darauf gerichtet sein solle, mit Österreich in Verhandlungen zu treten, daß man aber zunächst mehr als einem Handelsvertrage nicht zustimmen könne: damals erkannte der österreichische Minister Graf Buol die Politik Preußens und drückte sie mit voller Klarheit in der Antwort dahin aus, daß Österreich nicht etwa bloß Forderungen stelle, sondern große Vorteile biete und zu wirtschaftlichen Opfern bereit sei.

Österreichs Wunsch nach Einbeziehung in die Zollunion der deutschen Staaten scheiterte; nach

schwierigen Verhandlungen kam es endlich, dank dem Bemühen des klugen Rheinländers, des Ministers Bruck, zu dem Vertrage vom Februar 1853, mit dem zwei Drittel der von Österreich vorgeschlagenen Tarifsätze angenommen wurden, auch Zollbefreiungen eintraten, aber auch schon einige Zollverwaltungsmaßnahmen getroffen wurden, die über den Rahmen eines einfachen Handelstarifvertrages hinausgingen, insbesondere über Verbrauchssteuern, Währungs- und Gewerbebefragen, Zusammenlegung von Zollämtern u. dgl. Der auf zehn Jahre geplante Vertrag sollte nach sechs Jahren schon überprüft werden. Vertreter der Vertragsstaaten sollten zusammentreten, um über die Zolleinigung oder über weitgehende Verkehrserleichterungen und mögliche Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Zolltarife zu verhandeln, falls die Zolleinigung nicht zustande käme. Als Österreich schon nach zwei Jahren eine Konferenz anregte, um dem seitens gewisser Kreise nie aus dem Auge gelassenen Ziel näherzukommen, trat allerdings nicht bloß von Berlin aus, sondern innerhalb Österreichs selbst eine Gegnerschaft in Erscheinung, namentlich die Handels- und Gewerbekammern der industriell fortgeschrittenen Bezirke (Wien, Prag) waren unter den Gegnern. Da war es der weiterblickende Finanzminister Bruck, der sich gegen die Inlandsopposition in einer sehr sachkundigen, berühmt gewordenen Denkschrift mit einigen ersten Vorwürfen gegen die Indolenz der Industrie Österreichs ganz klar für eine weitere Angleichung, sogar für ein völliges Preisgeben der Zwischenzollgrenze gegen den Zollverein aussprach: es könne sich nur darum handeln, daß der gemeinsame Außenzolltarif genügend Schutz biete. Die Unterlegenheit der großen Menge von Fabrikationszweigen gab man ohne weiteres zu, betonte aber, daß man in Österreich eben mit zu hohen Unternehmerngewinnen und zu hohen Kapitalerträgen arbeiten wolle und, darin verwöhnt, sich zu wenig umtue, um neue Absatzwege und Märkte.

Dem auf die Zolleinigung mit Deutschland gerichteten Willen Brucks, dieses ausgezeichneten Volkswirtes des alten Österreichs, der sich damals schon mit Wort und Tat dafür einsetzte, daß die Länder an der unteren Donau wirtschaftlich in die österreichisch-deutsche Einflußsphäre fallen sollten,

diesem Wollen blieb der Erfolg versagt. Zwar blieb das Sturmlaufen der höheren Schutzfordernden Industrie Österreichs wirkungslos, aber zur Zolleinigung kam es nicht. Die großdeutsch verankerten wirtschaftlichen Argumente für die Eingliederung in den Zollverein unterlagen den politischen Motiven und unter diesen blieben die des Stärkeren siegreich, die zur endgültigen Auseinandersetzung zwischen dem habsburgischen Österreich und dem hohenzollerischen Preußen hindrängten. Auch in Deutschland unterlagen jene Wirtschaftskreise, die sich aus der Zollunion mit Österreich Vorteile erwarten konnten.

Es liegt nahe, daß alle jene Hemmungen, die vor dreiviertel Jahrhundert eben doch auch von der Wirtschaftsseite in Österreich gegen die Zolleinigung und selbst nur gegen einen weiteren Abbau der Zollmauern zur Geltung kamen, auch nach der Auflösung des Habsburger Reiches wirksam geblieben sein können. Und so ist es in der Tat. Nur ist dies keineswegs so zu verstehen, als ob die sachlichen Voraussetzungen damals die gleichen gewesen wären wie in dem Nachkriegsösterreich. Der Abstand in dem Grad der wirtschaftlichen, insbesondere industriellen Entfaltung einerseits in der deutschen Nachkriegswirtschaft, andererseits in derjenigen des deutschen Restösterreich war nicht mehr so groß wie der zwischen der Volkswirtschaft des Zollvereines und der der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, die ja überdies in den fünfziger Jahren einheitlich zentralistisch regiert wurde, als Wirtschaftsgebiet also auch das ganz agrarische Galizien, den Getreideboden Böhmens und insbesondere ganz Ungarn mit Kroatien und Slawonien umfaßte und damit im Hinblick auf den großen landwirtschaftlichen Sektor als ausgesprochenes Agrargebiet gelten mußte. Die damit gegebene weitgehende Selbstgenügsamkeit, mit anderen Worten der geringe Einfuhrbedarf der Monarchie, war das hauptsächlichste wirtschaftliche Argument, mit dem Bismarck die Angliederung Österreich-Ungarns an den Zollverein bekämpfte. Und damit war auf lange Zeit die entscheidendste Gelegenheit für die Vollendung der Zolleinigung des deutschen Volkes versäumt, denn mit den dann folgenden unglücklichen Kriegen der Monarchie wurde der größte Teil der Kapitalbildungskraft für den Kriegsschuldendienst gebunden und ging für die Intensivierung der Wirtschaft verloren, die für eine bessere Wettbewerbsfähigkeit notwendig gewesen wäre.

Da wir heute an die historische Notwendigkeit des Unterganges der Habsburger als Voraussetzung für die nationale Einigung des deutschen Volkes

glauben, so müssen wir feststellen: es ist alles gekommen wie es kommen mußte. Aber von der höheren Warte der Nachgeborenen läßt sich wohl nicht leugnen, daß Schäßle recht behalten hat, wenn er auf jene Ereignisse zurückblickend in seinen Lebenserinnerungen sagte: Die Einigung war ein deutsches Interesse allerersten Ranges.

Als dieses Wort eines reichsdeutschen Professors und ehemaligen österreichischen Ministers fiel (1905), war freilich das Verständnis für den Ernst dieser Erkenntnis im Bereiche des Bismarckischen Reiches schon sehr bedauerlich wenig lebendig. Nicht die Schuld der Deutschen in der Habsburgischen Monarchie war es, daß es so gekommen war. Es ist geboten, daran zu erinnern, daß 1866 Moritz von Kaiserfeld, wohl der geistreichste und weitblickendste Staatsmann jener Zeit, der Entschlossenheit der Deutschen in Österreich mit den Worten Ausdruck gab: „Es war bis jetzt ein Fehler der Deutschen in Österreich, daß sie sich nur als Österreicher und nicht als Deutsche fühlten. Die Politik des Grafen Belcredi hat uns auch von diesem Fehler befreit . . . diese Wandlung hat den Vorteil, daß wir den Wert erkennen gelernt haben, der darin liegt, einer großen Nation anzugehören. Wir werden daher niemals auf das Band verzichten, das uns und die Länder, die wir bewohnen, an Deutschland knüpft. Würde unsere Stellung in Österreich unerträglich gemacht, von dorther müßte uns Erlösung kommen!“ Und es ist zeitgemäß, auch daran zu erinnern, daß das Nationalgefühl innerhalb des österreichischen Deutschtums zuerst unter führenden Köpfen in der Geisteswelt zur Tat drängte, indem in Steiermark unter Führung des Rechtslehrers Emil Strohal, des Historikers Hans v. Zwiédineck und des Staatsbeamten Ignaz Graf Attems das Ausseer Programm der Deutschnationalen aufgestellt wurde (1867), das 15 Jahre später die Grundlage des Linzer Programmes (Schönerer-Partei) geworden ist, das wieder die politischen Ziele des österreichischen nationalen Radikalismus formulierte.

Über die Problematik eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses mit Deutschland brauchte man sich freilich keine Gedanken zu machen, nachdem Königgrätz-Olmütz und bald darauf Sedan und die Kaiserproklamation von Versailles die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen hatten, daß die Deutschen in Österreich die Erkenntnis gewinnen mußten: Vorerst ist es unser Schicksal, im Habsburger Reich Schildwache zu stehen bis zu dem Morgen, an dem das Wort des Erzherzogs Johann nicht mehr bloß Idee, sondern Wirklichkeit werden

würde, der da 1846 gesagt hatte: „... Wir betrachten uns als ein Ganzes und das müssen wir festhalten. Mögen wir hier an der östlichen oder dort an der westlichen Grenze Deutschlands sein, wir sind ein Körper, ein Sinn, ein Herz, ein Volk... Und dieses Volk muß unzertrennlich bleiben.“

Der Wille zur wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland ist auch in den folgenden Jahrzehnten seitens der Deutschen in Österreich immer, namentlich bei Handelsvertragsverhandlungen der Monarchie mit dem Reich zur Geltung gekommen. Daß so wenig erreicht wurde, war vielfach auch auf das Konto der reichsdeutschen Wirtschaftspolitik und der größeren politischen Macht auf dieser Seite zu schreiben. Die Problematik einer wirklichen Einigung ist freilich erst nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches aktuell geworden. Nachdem von dem ungefügigen vielgliedrigen Staat der Donaumonarchie nichts mehr übrig geblieben war als jenes kleine Deutschösterreich, das allein weder zu leben noch zu sterben vermochte, drängte die Entwicklung sowohl von der allgemeinen politischen wie von der wirtschaftlichen Seite her auf das entschiedenste in die Richtung einer baldigen Verschmelzung mit dem großdeutschen Mutterlande. Der allgemeine Wirtschaftszusammenbruch im Jahre 1931 ließ den Plan einer Zollunion zwischen dem Reich und Österreich reifen; nun waren es nicht mehr Widerstände von innen, sondern der machtpolitische Druck der Gegner von außen, der diesen Plan einer wirtschaftlichen Eingliederung zu Fall brachte. Tragisch ist es dann gewesen, daß einige Jahre später die äußeren Feinde des großdeutschen Gedankens eine Unterstützung in Österreich selbst fanden. Jene Kreise des früheren österreichischen Systems, welche die Selbständigkeit des kleinen Restösterreich wider alle Natur verewigen wollten, hatten ja nicht nur den Begriff eines „österreichischen Menschen“ im Gegensatz zum Deutschen und einer „österreichischen Kultur“ im Gegensatz zur deutschen Kultur erfunden und propagiert. Sie hatten auch ihr Möglichstes getan, um die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich und Österreich zu lockern und zu erschweren. Der Umbruch im März 1938 hat diesen unnatürlichen Bestrebungen ein plötzliches Ende bereitet. Es waren nicht wirtschaftspolitische Erwägungen, die ihn herbeiführten; er war getragen von einem starken völkischen und politischen Glauben und Willen und gerichtet auf ein politisches Ziel: Großdeutschland. Die wirtschaftspolitische Eingliederung der Ostmark in das Reich ist nun die notwendige Folge der vollkom-

menen Verschmelzung gewesen. Die Dynamik der politischen Ereignisse hat auch die Wirtschaftspolitik mit sich fortgerissen und alle früheren kleintlichen Bedenken und Widerstände weggefegt. So hat sich schließlich die wirtschaftliche Vereinigung unter ganz anderen Umständen vollzogen, als sie von den meisten derer für möglich gehalten wurde, die in der Vor- und Nachkriegszeit sorgfältig alle Für und Wider des Wirtschaftszusammenschlusses erwogen und erörtert haben. Diese wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile, sozusagen die Plus- und Minusposten der „Anschlußrechnung“ sind in der Nachkriegszeit bis 1931 reichlich erörtert worden und das Ergebnis war keineswegs auf eine einfache Formel zu bringen. Es ist heute auf die Einzelheiten jener Überlegungen nicht mehr einzugehen, die Zusammenhänge und Tatsachen, die wir als politische Fundamente der Wirtschaftsgestaltung zu erfassen haben, sind ja völlig andere geworden. Immerhin ist es nicht ohne Tragweite für die heutige Wirtschaftsführung, nicht weniger aber auch für alle jene, die sich in den Dienst derselben zu stellen bereit sind, daß zwar gewisse Probleme als restlos erledigt gelten können und müssen, daß aber allerdings manche Probleme noch nicht gelöst sind, weil sie innerhalb der seit dem Anschluß verflossenen Zeit nicht gelöst werden konnten. Es bedarf keiner Versicherung, daß in der Klärung dieser Problematik eine Hauptaufgabe des Wiener Institutes für Wirtschaftsforschung zu erkennen war und ist.

Weder an eine Aufzählung dieser Probleme noch an eine Erörterung von Einzelheiten derselben kann hier gedacht werden. Aber es soll die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß eines der gelösten Probleme, das fast drei Menschenalter hindurch, also keineswegs erst in der Nachkriegszeit, als Hemmungsfaktor gegen soviel guten und besten Willen wirksam geworden war, das der Außenhandelspolitik ist. Und wirklich nicht etwa nur für die Annäherung Österreichs an den deutschen Zollverein, sondern ebenso in der Nachkriegszeit für die Frage des wirtschaftlichen Anschlusses sah man das Damoklesschwert der Zahlungsbilanz über dem Schicksal der Währung. Die Schaffung der *Währungseinheit* hat das Interesse an einer aktiven Bilanz der ostmärkischen Wirtschaft oder an der Ausgleichung einer passiven Bilanz getilgt. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch heute noch die Zahl gewissenhafter Ostmärker groß genug ist, die den Gedanken unerträglich finden, daß Österreich als ein parasitäres Element innerhalb der großen deutschen Volkswirtschaft aufgefaßt werden könnte, und daß, wie es früher die immer noch zu zahl-

reichen Bierbankpolitiker gern formulierten, das Reich keine Veranlassung habe, sich mit einem so armseligen Bankerotteur zu belasten, wie es das wirtschaftlich und politisch lebensunfähige Restösterreich sei. Gestützt auf eingehende Studien konnte ich vor zwölf Jahren berichten, daß sowohl politisch als auch wirtschaftlich eine sehr bestimmte Stimmung wahrzunehmen ist, der etwa die folgende Formel entsprechen dürfte: wir österreichische Deutsche erhoffen mit allen Fasern unseres Herzens die endliche Heimkehr ins Reich und erkennen die wirtschaftliche Vereinigung als einen ersten wichtigen Schritt. Wir sind bereit Opfer zu bringen, aber wir wollen uns nicht etwa nur als Last dem im Reich geeinten Volk aufdrängen.

Seitdem ist durch das politische Geschehen die Problematik überwunden und wir stehen vollendeten Tatsachen und mit ihnen gegebenen Aufgaben gegenüber. Nicht ob die Vereinigung, die vollzogen ist, wirtschaftliche Opfer kostet, ist noch die Frage, sondern es gilt in der Wirtschaftsführung Mittel und Wege zu finden, durch die unvermeidliche Opfer auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben können. Die Voraussetzungen für das Erkennen der richtigen Mittel und Wege zu erfüllen, fällt auch in den Bereich der Wirtschaftsforschung. Das Institut, dem diese Aufgabe überantwortet ist, hat mit dem Grundsatz der Wissenschaftlichkeit seiner Arbeit unbedingt der Wahrheit zu dienen und das heißt nichts Geringeres als auch mit allem Ernst der Unvermeidlichkeit gewisser „Opfer“ ins Auge zu blicken. Daß es bei solcher Zusammenschweißung mit Angleichung und Ausgleichung von Volkswirtschaftsgrundlagen zur Beeinträchtigung von Einzelinteressen kommt, ist nach dem Gang der Geschichte und insonderheit der Geschichte des deutschen Zollvereines eine geradezu als natürlich zu bezeichnende Tatsache. Man vergißt allzuleicht, daß doch auch innerhalb des Zollvereines von einer Gleichartigkeit der Besteuerung die längste Zeit überhaupt in keiner Richtung, außer der durch den einheitlichen Zolltarif gegebenen, gesprochen werden konnte, obgleich der Zollverein die Gleichartigkeit der Besteuerung des inneren Verbrauches von Anfang an angestrebt hatte; ja die Dinge lagen geradezu so, daß der Zollverein sogar das Hemmnis für eine zeitgemäße Ausgestaltung des Verbrauchssteuerwesens innerhalb seiner Vertragsstaaten gewesen ist.

Sofern sich nun beispielsweise in der Außenhandelsgestaltung die Vereinigung der Ostmark mit dem Reich nicht überwiegend günstig auswirkt, so ist solchen Nachteilen gegenüber daran zu erinnern, daß die Wirtschaft der Ostmark vor allem aus einer

handelspolitischen Ungewißheit herausgerissen worden ist, die bei nur einigermaßen auf etwas weitere Sicht planenden Unternehmungen ein Faktor war, der die Entschlußkraft, ja auch nur die Entschlußmöglichkeit der Unternehmungsleiter beeinträchtigen mußte. Man vergesse nicht, daß; abgesehen von der Zollunion mit Deutschland, vier andere Anschlußlösungen die Wirtschaftsplanung, namentlich jene der mit dem Außenhandel irgendwie in Fühlung stehenden Unternehmungen, sozusagen bedrohten. Die Beseitigung dieser Unsicherheit ist unbedingt als erheblicher Gewinn für die Wirtschaft zu werten.

Hinwiederum besteht dank der politischen Vereinheitlichung ein starker Bevölkerungswechsel mit dem Altreich, durch den sich, gleichfalls unvermeidlich, ein Angleichungsprozeß in den Einkommen und damit eine Änderung in dem Einkommensaufbau einstellen muß. Bevölkerungsteile, die an dieser Erhöhung des durchschnittlichen Einkommensstandes nicht beteiligt sind, müssen die Wirkung der Erhöhung der anderen Einkommen ungünstig empfinden.

Wir stehen in der Ostmark im Zusammenhang damit vor einem besonders interessanten, aber auch besonders komplizierten und schwierigen Problem, wenn man sich bewußt wird, in wie hohem Maße die Einkommensstruktur bestimmend ist für die Geldwertgestaltung und für die Kaufkraft der Währungseinheit. Besonders interessant darf es genannt werden, wie sich wieder die örtliche oder mindestens regionale Verschiedenheit des Geldwertes in einem Ausmaße zeigt, das man innerhalb eines einheitlichen Währungsgebietes — freilich sehr zu Unrecht — in weiteren Kreisen nicht für möglich zu halten pflegt. Die Erklärung der Unterschiede des Preisniveaus und die Behandlung der Aufgaben, die im Bereiche der Preispolitik zu lösen sind, haben notwendigerweise auf diese Zusammenhänge Bedacht zu nehmen.

Daß die Schillingaufwertung bei der Währungsvereinheitlichung nicht ohne Wirksamkeit geblieben ist, liegt in der Natur dieser wirtschaftlichen Zusammenhänge. Die Lehre G. F. Knapps von der Notwendigkeit der historischen Kontinuität in der Währungsgestaltung („das neue Zahlungsmittel hat stets einen rekurrenten Anschluß an das alte“) mußte sich auch hier als richtig erweisen. Daß damit freilich ein neuartiges Problem auftreten mußte, für das im normalen Wirtschaftsleben allzuwenig Erfahrungen bestehen, darf nicht verkannt werden. Das für die Ostmark neue Zahlungsmittel, die Reichsmark, hatte schon einen, zwar keineswegs restlos

einheitlichen, aber doch immerhin genügend bestimmten Geldwert (Kaufkraft) und doch hat sich innerhalb der Ostmarkwirtschaft eine Anpassung der Kaufkraft des neuen Zahlungsmittels an die Kaufkraft des alten (Schilling) eingestellt, d. h. die von 2 Schilling auf $3/2$ Schilling vollzogene gesetzliche Änderung seiner Geltung mußte die Wirkung haben, daß die Markpreise für gewisse Verkehrsbereiche als hoch empfunden werden, obgleich die Beträge, in denen die Wirtschaftsrechnung läuft, niedriger lauten als bisher. Es soll nicht verkannt werden, daß hier manche Interessen nachteilig getroffen werden, daß wirtschaftliche Opfer mancher Einzelwirtschaft auferlegt sind. Aber Opfer zu bringen war und mußte man bereit sein. Diese Bereitschaft steht auf demselben Blatte wie der Ehrgeiz der Ostmärker, nicht nur als ein Lastenkomplex in das Reich eingegliedert zu werden.

Die Bilanz, mit der das Aktivum der Ostmarkwirtschaft nachgewiesen werden soll, ist verschiedentlich aufgestellt worden¹⁾ und dieses Aktivum kann sich wahrhaftig sehen lassen. Nur scheint mir auf einen sehr entscheidenden Faktor in der Dynamik jeder, also auch der ostmärkischen Wirtschaft bisher noch zu wenig Bedacht genommen zu sein; davon zum Schlusse noch ein Wort.

Dieser Faktor ist *der Mensch* und die Ostmarkbevölkerung besteht im wesentlichen aus dem Österreicher. Das ist nicht etwa in jenem Sinne zu verstehen, den das frühere österreichische System im Auge hatte, als es den Begriff des „österreichischen Menschen“ im Gegensatz zu dem deutschen Charakter der Ostmarkbevölkerung zu prägen versuchte. Es ist hier vielmehr nur in dem Sinne gesagt, wie es gerechtfertigt ist zu sagen, daß der Rheinländer wie der Ostpreuße, der Schwabe wie der Sachse auch in der Wirtschaft ihre Stammeseigenart nicht verleugnen. Es hieße alle geopsychischen Tatbestände leugnen, wenn man nicht den seit eineinhalb Jahrtausenden festgesiedelten deutschen Stämmen diese Eigenart auch für das Wirtschaftsleben zugestehen wollte, in dem es so reichlich auf die seelischen Energien ankommt. Es entspricht aber schlechthin der *biologischen Auffassung des völkischen und gesellschaftlichen Seins*, den Menschen in jeder Beziehung, also auch in seelischer Beziehung, nicht nur als Produkt von Erbmassen, sondern auch als umweltsbestimmt zu sehen und damit der Landschaft und dem Klima entsprechende Bedeutung für die Eigenart des Menschen zuzu-

¹⁾ Der Öffentlichkeit zugänglich am besten wohl in der Darstellung D. Gabriels in den Jahrb. f. Nationalökonomie, 147 Bd.

erkennen. Das bedeutet für unsere Betrachtungen in zwei Bezeichnungen ein Doppelpertes:

1. Es heißt Schattenseiten in Kauf nehmen, wo Vorteile aus der Stammeseigenart für die Wirtschaft gewonnen werden; 2. es wirkt sich wirtschaftlich das Ostmärkertum als historische Kategorie sowohl in der Verbraucherwirtschaft als auch in der Erwerbswirtschaft und insonderheit in der Produktion aus.

Wenn es zuzugeben ist, daß der Österreicher, wo es leicht geht, genußfreudig ist und seiner Gemütsstimmung Raum gibt, verstimmt („zwitter“) werden kann, wenn er verzichten soll, so muß auch nach der anderen Seite hin eingesehen werden — und wer genau zusieht, kann es leicht beobachten —, daß die Lebensführung in der Ostmark doch reichlich bescheiden, ja dürftig ist, jedenfalls vielfach weit mehr als es volkswirtschaftlich und sozialpolitisch erwünscht ist. Ist die ostmärkische Art in dem Bereich der Verbrauchswirtschaft eigenartig, so ist es wohl auch nicht befremdlich, daß auch im Erwerbswirtschaftlichen die Sonderart irgendwie zur Geltung kommt.

Was nun die Beurteilung des Ostmärkers als Arbeitskraft anlangt, mag zugegeben sein, daß das Tempo, in dem im Durchschnitt vom österreichischen Arbeiter in Österreich gearbeitet wurde, jenes der Arbeiterschaft im Norden Deutschlands wenigstens nicht erreicht. Es sei aber daran erinnert, einmal, daß in der großen Wirtschaftsenquete von 1926 bis 1930 im Arbeitsleistungsausschuß auch innerhalb des Altreiches ganz gewaltige Spannungen im Arbeitszeitmaß festgestellt worden sind, daß aber andererseits auch die Beobachtung gemacht wurde, daß dieses Kennzeichen weniger hoher Mengenleistung durchaus nicht bloß auf die, die nach ihrer Abstammung durch mehrere Generationen schon Österreicher waren, zutrifft, sondern daß sich auch die von jeher in beträchtlicher Zahl aus dem Altreich zugewanderten Arbeitskräfte nach einiger Zeit dem Arbeitstempo des Gebietes angepaßt haben. Es sind eben doch auch hierin Landschaft und Klima, oder um es mit einem Worte zu fassen, das Land, der *Boden* wirksam zu erkennen, der vielleicht doch auch wieder als Quelle des Musischen im Menschen gelten darf, wenn man etwa an Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Brahms, Bruckner, Strauß u. a. m. denkt.

Es wäre aber nicht gerecht, wenn man gegenüber dieser etwa als quantitatives Leistungsdefizit gewerteten Erscheinung außer acht lassen würde, daß der österreichische Arbeiter für gehobenerer

Arbeitsverwendungen z. B. als Maschinenmeister, Monteur u. ä., im Altreich von jeher eine gesuchte Arbeitskraft gewesen ist.

Indem das Wiener Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung an seine großen Aufgaben herangeht, der Wirtschaftsführung der Ostmark die Grundlagen zu erarbeiten, ist sich die Leitung des Institutes wohl bewußt, daß Wirtschaften eine Willensangelegenheit ist und daß gerade, weil das Wirtschaften ein Disponieren über knappe Mittel für Zwecke ist, der Wille es ist, der die Wirtschaftsentscheidungen mit den politischen Zielen verbindet und daß schon unter diesem Gesichtspunkte die Eigenart der wirtschaftenden Menschen nicht unbeachtet bleiben darf, wenn die Erforschung der Wirtschaftsgrundlagen nicht Stückwerk bleiben soll.

Wenn das Wiener Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung sich weiterhin die Darstellung und Erforschung der Beziehungen Großdeutschlands zu den südosteuropäischen Ländern zur Aufgabe gesetzt hat, so wird es dabei immer im Auge behalten, daß die Ostmark vor allen anderen deutschen Gauen durch natürliche wie historische Faktoren dazu vorherbestimmt ist, die Brücke zwischen dem großdeutschen Raum und dem Südostraum zu sein. Es darf auch hier nicht vergessen werden, welche große Bedeutung auf die Dauer der menschlichen Seite der Beziehungen zwischen verschiedenen Wirtschaftsvölkern zukommt. Vielleicht kann die Ostmark gerade auf diesem Gebiet ein besonders wertvolles Aktivum in die gesamtdeutsche Wirtschaft einbringen.